

# LES **SACRIFIÉS**

Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force

**N° 3 / 1975**

14e année

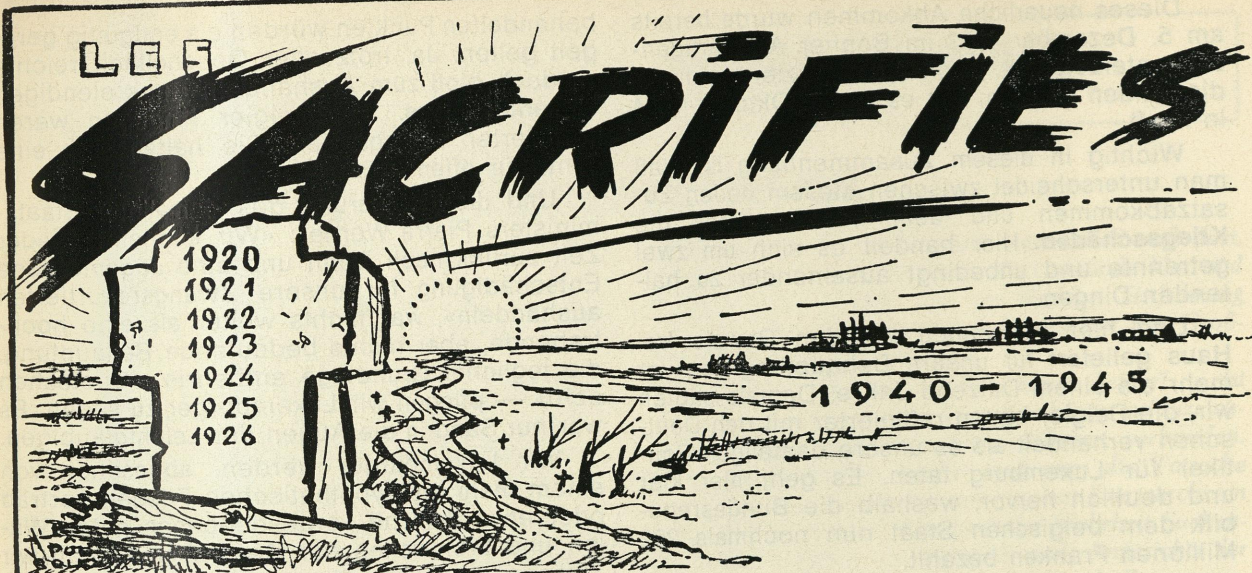
Prix: 10.- frs. lux.

Abonnement: 80.- frs

**Monument  
aux Morts  
Clemency**

Fédération :  
9, rue du Fort Elisabeth  
Luxembourg





**Tirage 8 000**

### Aus dem Inhalt

Kriegsopfer-Problem mit Belgien geregelt  
 Zwangsrekrutierung  
 Lokales  
 Promenade Surprise des Enrôlés de Force 1975 zu Dideleng den 15. Juni

#### Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlés de Force, Association sans but lucratif.

Siège: Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth. — Boîte postale 2415 Luxembourg-Gare  
 CCP 313-29

Rédaction du bulletin mensuel «Les Sacrifiés», Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg-Gare

Service social aux Enrôlés de Force, 9, rue du Fort-Elisabeth Luxembourg-Gare.  
 Tél.: 48 32 32

Fonds d'Action CCP 210-49  
 La Fédération représente :

**l'Association des Parents des Déportés Militaires Luxembourgeois**, Secrétariat: 21, rue du Fossé, Luxembourg C.C.P. 59-02 ●

**la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945**. Résidence Jean-Charles - 5, rue du Cimetièrre Luxembourg-Bonnevoie - Tél.: 48 97 76 - ccp 286 33 ● **l'Amicale des Anciens de Tambow**, Secrétariat: Kleinbettingen, 12, rue de la Gare, C.C.P. 240-07 ● **l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme**, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du Fort Elisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg-Gare, C.C.P. 313-24 Imprimerie Hermann, Luxembourg.

## Kriegsopfer-Problem mit Belgien geregelt

Vor einiger Zeit war einer DPA-Meldung zu entnehmen, daß die Entschädigung der belgischen Opfer des zweiten Weltkrieges entgültig geregelt worden sei. Das deutsch-belgische Abkommen, das am 1. Oktober 1974 in Kraft trat, sieht die Zahlung von 13,5 Millionen D-Mark durch die Bundesrepublik vor. Damit sollen die Ansprüche der während des Krieges zu paramilitärischem Dienst zwangsverpflichteten Einwohner der deutsch-sprachigen belgischen Gebiete befriedigt werden.

Diese Nachricht hat einiges Aufsehen und Verwunderung in Luxemburg erregt. Daß Belgien nochmals rund 202 Millionen belgische Franken erhält als Entschädigung der Opfer des letzten Weltkrieges, die in den Ost-Provinzen ansässig sind, ist für gar manchen nicht zu verstehen, weil, laut Walter Scheel, die Bundesrepublik Luxemburg gegenüber nur «weiterhin wohlwollendes Entgegenkommen» zeigt, «soweit dies mit ihren internationalen Verpflichtungen vereinbar ist».

Viele in unseren Reihen fragen sich: «Weshalb bezahlt die deutsche Bundesregierung eine zusätzliche Entschädigung an die Belgier? Warum nicht ebenfalls an die Luxemburger?»

Um dies zu verstehen, bedarf es einiger aufklärender Worte. Westdeutschland hat mit Belgien und mit Luxemburg Staatsverträge abgeschlossen. Beide weisen allerdings wesentliche Unterschiede auf.

Ein erstes Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Belgien war am 1. Juli 1962 unterzeichnet worden. In diesem Abkommen war eine Summe von 30 Millionen Mark vereinbart worden, die Deutschland als Ausgleich entrichten sollte für die in Belgien an Kriegsopfer bezahlten Pensionen.

In Artikel 9 des Vertrags ist vorgesehen, daß neue Ueber-einkünfte getroffen werden müßten, falls die Pensionen in Deutschland oder in Belgien «in bedeutendem Maße» erhöht würden. Im Jahre 1973 war das der Fall. Logischerweise fanden auf Grund dieses Artikel 9 neue Verhandlungen statt zwischen Brüssel und Bonn. Es kam ein Zusatzabkommen zustande, dem zufolge der deutsche dem belgischen Staat 13,5 Millionen DM in zwei Tranchen zu versieren hat.



de Wee op d'SPUERKEESS ...

de  
beschte Wee  
fir mat  
sengem Geld  
sécher ze goen!

WMF Kaffee-Maschinen

CIMBALI Espresso

GASTRONOM Geschirrspülmaschinen

für Großküchen, Restaurants, Cafés, Bars

Direkt-Import — Kundendienst

Josy Juckem Luxembourg

60-62, rue de Strasbourg — Tél.: 48 46 33

533

## Restaurant du Commerce

Prop.: Behm-Sand

13, place d'armes, LUXEMBOURG

Tél.: 269 30

— Manger à toute heure

— Spécialités de saison

No 282

gruppenweise den Treueid auf den Führer. Sie wurden dann sofort ins Gefängnis oder ins SS-Sonderlager Hinzert gesteckt. (17) Die allgemeine Haltung der Luxemburger im RAD bewog die zuständige Führung, beim Auswärtigen Amt ein Gutachten über die Rechtslage der Luxemburger anzufragen. In seiner Antwort stellte das AA fest, daß Luxemburg formell noch nicht Bestandteil des Deutschen Reiches geworden ist. Als Angehörige eines «besetzten Gebietes» können sie nicht gezwungen werden, dem «Führer und Reichskanzler» den Treueid zu leisten. «Soweit sich jedoch eine Verteidigung lediglich inhaltlich auf die Dienstleistung in der Organisation des RAD beschränkt, würde gegen sie nichts einzuwenden sein.» (18)

## II. Die Wehrmacht

Inzwischen war ein anderes bedeutendes Ereignis eingetreten. Am 10. Oktober 1941 wurde in Luxemburg eine Personenstandsaufnahme durchgeführt. Auf einer besonderen Zählkarte sollten die Fragen Nr 7 «Muttersprache» und Nr 8 «Volkszugehörigkeit» mit «Deutsch» beantwortet werden. Eine gut orchestrierte Propaganda versuchte die Luxemburger zu überzeugen, daß die luxemburgische Sprache nur ein Dialekt ist, die Luxemburger nur ein Stamm des deutschen Volkes sind. Durch ihre Aufklärung gelang es den verschiedenen Resistenzorganisationen, erfolgreich die deutschen Absichten zu durchkreuzen. Stichproben ergaben am 10. Oktober, daß 93-98% der Bevölkerung die Gretchen-Fragen 7 und 8 mit «Luxemburgisch» beantwortet hatten und die Aktion wurde abgeblasen.

In ihrer Flugzettelaktion gegen die Personenstandsaufnahme zitierten die Widerstandsbewegungen «Letzeburger Freiheits-Bewegung» (LFB) (1) und «Letzeburger Patriote-Liga» (LPL) (2) ein Telegramm des Reichs-Propagandaministers GOEBBELS an SIMON, in dem es u. a. hieß: «Die Reichsregierung verspricht sich durch eine sofort vorzunehmende Generalmobilmachung eine Aufbesserung der Heeresbestände um 35.000 Mann.» (3) Auf der großen Frauenkundgebung vom 21. Oktober nahm der CdZ Stellung zu dieser Behauptung: er dementierte, daß das Reich beabsichtigte, demnächst die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Er schränkte jedoch ein: «Dieses Ehrenkleid wird nach dem Krieg auch hier einmal getragen werden.» (4)

Wie aber sah man diese Angelegenheit hinter den verschlossenen Türen der Ministerien? Besonders Gauleiter WAGNER aus dem Elsaß drängte schon frühzeitig, aus psychologischen Gründen, auf eine Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Elsaß. (5) «Das Hineinwachsen der jüngeren Generationen . . . wird durch Erfassung zum Arbeits- und Wehrdienst ganz wesentlich gefördert.» (6) Auch SIMON war von der Erziehungsfunktion des RAD und der Wehrmacht überzeugt. (7) Anfangs stand das OKW dem Drängen der CdZ zur Einführung der Wehrpflicht ablehnend gegenüber. (8) Für KEITEL waren die Angehörigen der besetzten West-

gebiete ein Fremdkörper in der Wehrmacht, da sie innerlich nicht bereit waren, die Waffen für Deutschland zu führen. (9) HITLER, obwohl von der erzieherischen Funktion der Wehrmacht überzeugt, hatte auch außenpolitische Bedenken. (10) Allmählich begannen die Rückschläge an der Ostfront eine Meinungsänderung herbeizuführen. Ende November 1941 lagen die Menschenverluste bei 230.000 Toten und 14.000 Verwundeten. Die gesamten Fehlstellen im Ostheer beliefen sich auf 340.000 Einheiten, d. h., daß die Infanterie im Durchschnitt auf 3/4 ihres Standes zurückgegangen war. (11) Spätestens im Oktober 1941 hatte HITLER der Einführung der Wehrpflicht im Elsaß zugestimmt. Das OKW forderte jedoch auf Grund der Erfahrungen mit den Wehrmachtsangehörigen der eingegliederten Ostgebiete, die Verleihung der uneingeschränkten deutschen Staatsangehörigkeit für diese Elsässer. (12)

Am 27. Oktober kam es im Reichsministerium, unter Vorsitz von Staatssekretär STUKKART, zu einer interministeriellen Konferenz über Staatsangehörigkeitsfragen. Hier wurde festgestellt, daß eine allgemeine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung gewisse außenpolitische Möglichkeiten verbauen würde. Auch sollte die Wehrpflicht im Elsaß nur für einzelne Jahrgänge eingeführt werden, «besonders im Hinblick auf die später in Lothringen und Luxemburg zu erwartenden Schwierigkeiten.» Es erschien auch zweckmäßig, nicht sämtliche Wehrmachtsbestimmungen im Elsaß einzuführen, weil sich daraus unter Umständen auch rechtlich unerwünschte Folgerungen für Ansprüche Einzelner ergeben könnten, sondern womöglich, eine Generalklausel zu finden, etwa: «Die Wehrpflichtigen unterliegen den für deutsche Soldaten geltenden Bestimmungen und haben alle Ansprüche, die deutschen Soldaten zustehen.» (13) Die Klausel sollte fast wortwörtlich in der späteren Verordnung über die Wehrpflicht in Luxemburg erscheinen. (14) Auch in der Praxis war man nicht gewillt, die neuen Soldaten den Reichsdeutschen gleichzustellen. «Bei der Einziehung zum Wehrdienst hat die Verteilung dieser Soldaten grundsätzlich über das ganze Altreich zu erfolgen.» Ihre Verwendung im besetzten Frankreich, Belgien und Niederlanden war grundsätzlich verboten. (15) Nach einem Befehl des Befehlshabers des Ersatzheeres, Generaloberst FROMM, erhielten sie, wegen der großen Anzahl von Desertionen, «im allgemeinen keinen Urlaub in ihre Heimat — auch nicht vor einer Abstellung an die Front.» (16)

Anfang November 1941 kam Staatssekretär STUKKART nach Straßburg und informierte WAGNER «es werde z. Z. geprüft, ob die allgemeine Wehrpflicht in den Westgebieten eingeführt werden kann.» (17) Inwieweit Gauleiter SIMON über diese Verhandlungen unterrichtet war, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedoch wissen wir, daß er bereits Ende 1941 dem Führer die Einführung der Wehrpflicht in Luxemburg vorschlug. Der Plan scheiterte aber an den

FOTO-CINÉ

STUDIO FEY FRÈRES

Luxembourg - 41, Grand-rue - Tél.: 258 31

— Appareils - Caméras - Projecteurs  
— Photos d'Art

503

## I. Der Reichsarbeitsdienst (RAD)

- (1) LW - 21. 04. 1941
- (2) LW - 10. 02. 1941
- (3) LW - 13. 02. 1941
- (4) LW - 24. 02. 1941
- (5) Es handelt sich hier um deutsche Angaben, die mit Vorsicht zu genießen sind
- (6) LW - 30. 05. 1941
- (7) VO - 23. 05. 1941, VBl f. Lux., 1941, S. 232
- (8) Siehe z. B. Henri KOCH-KENT: Sie boten Trotz 1939-1945. Luxemburger im Freiheitskampf, Imprimerie Hermann, Luxembourg 1974, S. 113
- (9) LW - 18. 11. 1941
- (10) VBl f. Lux., 1941, S. 414
- (11) L W - 18. 11. 1941
- (12) VBl f. Lux., 1941, S. 418
- (13) VO - 13. 10. 1941, VBl f. Lux., 1941, S. 420. Den Flüchtlingen und Deserteuren hat Henri KOCH-KENT in seinem Buch «Sie boten Trotz» ein bleibendes Denkmal gesetzt.
- (14) Der Richter: «Diese Handlungswiese komme der Fahnenflucht gleich . . .» (LW - 13. 10. 1941)
- (15) VO - 15. 12. 1941, VBl f. Lux., 1941, S. 536
- (16) VBl f. Lux., 1942, S. 70
- (17) WEBER - S. 121
- (18) Lothar KETTENACKER: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973, S. 324

## II. Die Wehrmacht

- (1) Luxemburgische Freiheitsbewegung
- (2) Luxemburger Liga der Patrioten
- (3) Weder das Original dieses Schreibens, noch eine beglaubigte Abschrift wurden je ausfindig gemacht. (Henri KOCH-KENT u. André HOHENGARTEN: Personenstandsaufnahme und Volkstumskartei, Hémecht 1/1972, Imprimerie St-Paul S.A., Luxembourg 1972, S. 27-39. Zum Referendum auch «Rappel» No 10, Octobre 1971)
- (4) LW - 22. 10. 1941
- (5) KETTENACKER - S. 216
- (6) François-Joseph FUCHS: L'incorporation de Force des Alsaciens dans la Wehrmacht d'après des documents inédits, in «Saisons d'Alsace», Nos 39-40, 1971, S. 309
- (7) LW - 21. 04. 1941
- (8) Dok. 513-F
- (9) KETTENACKER - S. 351
- (10) KETTENACKER - S. 219 und 220
- (11) Burkhart MUELLER-HILLENBRAND: Das Heer 1939-45, Bd 3 Der Zweifrontenkrieg, Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt/Main 1969, S. 19 und 20
- (12) KETTENACKER - S. 220
- (13) Dok. BA : R 43 II/136
- (14) VO - 30. 08. 1942, VBl f. Lux., 1942, S. 253
- (15) FUCHS - S. 322 und 323
- (16) Dok. NO - 2770
- (17) FUCHS - S. 309

LA  
MODE

à la  
bourse  
luxembourg  
13-17, grand' rue



221

Rosen<sup>th</sup>al

studio-haus

W. B. Halubek-Jost  
1, Place d'Armes — LUXEMBOURG  
Téléphone : 47 01 82

De' énzeg Adress  
fir alles wat ert Hém  
verschénert

595

Kommt eis besichen, mir présente'eren iech an  
eisem neien Geschäft eng komplett Gamme vun  
Stereo-Compact- a Quadrophonie's Anlagen.

Eis Apparaten hun all Vierdélér, plus én, et sin  
TOSHIBA'S

HIFI-STUDIO 2000

31, rue de Bonnevoie (Zweschent der Vallis-  
platz an der Eisebunsbreck)

LUXEMBOURG — Tél. : 49 17 17

576

DROSTE



Chocolat par excellence

No 522

Interventionen des Majors KNORTH vom Wehr-  
bezirkskommando, sowie der Direktoren SEVE-  
RIN und HEINEMEIER der AEG und des Bru-  
ders von Dr. GOEBBELS. (18)

Gauleiter WAGNER seinerseits setzte sich  
Anfang 1942 mit den Gauleitern SIMON und  
BÜRCKEL in Verbindung, um ihre Meinung über  
die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in  
den Westgebieten zu erfahren. (19)

Auf jeden Fall begann ab November 1941  
in Luxemburg die Freiwilligenwerbung für Wehr-  
macht und Waffen-SS. Die Zeitungen druckten  
begeisterte Briefe der ersten Freiwilligen ab.  
Zuerst auf der Großkundgebung vom 12. April  
1942 in Esch lobte SIMON öffentlich die «lützel-  
burgischen» Freiwilligen. Zugleich deutete er  
an, daß die allgemeine Wehrpflicht einmal ein-  
geführt wird, sind dem Leben nicht verloren.»  
(20)

Inzwischen hatte man in Berlin den Dreh ge-  
funden, wonach die Bewohner der Westgebiete  
die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten konn-  
ten, ohne daß man das publik machte. Der Mini-  
sterrat für die Reichsverteidigung verordnete  
am 20. Januar 1942: «Der Reichsminister des  
Innern kann Gruppen von Ausländern, die in ei-  
nem unter deutscher Hoheit stehenden Gebiet  
ihre Niederlassung haben oder aus einem sol-  
chen Gebiet stammen, durch allgemeine Anord-  
nung die Staatsangehörigkeit verleihen.» (21)  
Die Staatsangehörigkeitsfrage verzögerte aber  
die Einführung der Wehrpflicht beträchtlich, weil  
man sich nicht einigen konnte, ob man selektiv  
oder global vorgehen sollte. (22)

Währenddessen dehnte man die Wehrpflicht  
auch auf Lothringen aus. Die hierzu erforderli-  
chen Maßnahmen waren auf dem Verordnungs-  
wege durch den CdZ zu treffen. «Von einer Ein-  
führung der allgemeinen Wehrpflicht im Lande  
Luxemburg soll jedoch nach einer Entscheidung  
des Führers bis auf weiteres abgesehen wer-  
den.» (23) Eine neue Zurückstellung SIMON's  
also seinem Rivalen BÜRCKEL gegenüber. (24)

Doch schon tauchte eine neue Schwierigkeit  
auf. Weil zur Wehrmacht nur die für würdig Be-  
fundenen eingezogen werden sollten, schlug  
WAGNER im Frühjahr 1942 dem Führer eine  
«Schlußvereinbarung im Elsaß» vor. (25) Hiermit  
wurde wieder eine Kontroverse aufgegriffen, die  
bereits zu einem intensiven Schriftwechsel ge-  
führt hatte. Nämlich Anfang 1940 verschickte  
BÜRCKEL beinahe 100.000 Lothringer nach  
Frankreich. Auch WAGNER wies von Juli - De-  
zember 1940 ungefähr 150.000 Elsässer aus. (26)  
Nur SIMON beteiligte sich nicht an der Aktion.  
Erst im Mai und Juli 1941 schob er 18 Priester,  
12 Brüder und 15 Schwestern über die fran-  
zösische Grenze. (27) Das Vorgehen der beiden  
CdZ brachte besonders den Reichsinnenmini-  
ster auf den Plan, der energisch gegen diese  
Methoden protestierte. «Von überall her hole  
man die Volksdeutschen ins Reich zurück und  
ausgerechnet in Lothringen vertreibe man sie  
von Haus und Hof, um Frankreichs Volkskörper

zu stärken.» (28) Auch in dieser Frage konnte  
keine Einigung erzielt werden.

In Lxemburg dagegen intensivierte sich die  
Freiwilligenwerbung. Auf der Großkundgebung  
in Rodingen vom 02. Mai 1942, an der erstmals  
10 Luxemburger Freiwillige als Ehrengäste teil-  
nahmen, erklärte der Gauleiter an die Adresse  
der beunruhigten Luxemburger: «Weder die all-  
gemeine Wehrpflicht noch die Verleihung des  
Reichsbürgerrechtes werden von mir hinten her-  
um vorgenommen.» (29) Es ging also keine Re-  
de mehr von nach dem Kriege. Der ganze or-  
chestrierte Propagandaapparat spielte in den  
verschiedensten Tonarten mit den Themen:  
Kreuzzug gegen den Bolschewismus, Wehrwille  
und Soldatentum in der luxemburgischen Ge-  
schichte, die luxemburgischen Freiwilligen.  
Auch der «Rote Löwe», das heraldische Symbol  
des Hauses Luxemburg, noch am 15. August  
1940, von den Nazis als «Rotes Kaninchen» be-  
zeichnet und von volksdeutschen Rollkomman-  
dos von den Westen der Luxemburger abgeris-  
sen (30), mußte nun in den Dienst der Freiwil-  
ligenwerbung treten. So prangten am 16. Mai  
1942 an allen Ecken und Enden der Stadt große  
Plakate mit einem riesigen knallroten Löwen und  
dem Aufruf: «ERWACHE! Freiwillige vor! Zum  
Kampf für Großdeutschland. Freiwillige für Heer,  
Luftwaffe, Kriegsmarine und Waffen-SS.» (31)  
Im Juli 1942 wiederholte SIMON im engen Re-  
ferentenkreis seine Rodinger Ausführungen. (32)  
Am 21. Juli verordnete er die Heranziehung der  
Luxemburger zum Selbstschutz im Lande. (33)  
Zehn Tage später wurden die naturalisierten  
Luxemburger deutscher Abstammung aufgefor-  
dert, sich zur Musterung zu stellen. (34)

In Berlin jedoch blieben die Verhandlungen  
in einer Sackgasse. Die Personallage an der  
Ostfront verschlechterte sich immer mehr. So  
beliebte sich der Fehlbestand am 01. Mai 1942  
auf 625.000 Mann, zwei Monate später schon  
auf 652.000. Dabei war der ab Mai 1941 in das  
Ersatzheer einberufene Geburtsjahrgang 1922,  
der zur Auffüllung für 1942 vorgesehen war, be-  
reits im Winter 1941 in das Feldheer übernom-  
men worden. (35) Die Vorstellungen des OKW  
bei HITLER wurden immer drängender. Aus ei-  
ner ursprünglich politischen Maßnahme entstand  
auf einmal eine militärische Notwendigkeit, auch  
wenn das Militär späterhin immer auf seine hohe  
Verantwortung für die Erziehung der Westge-  
bietler mit dem Ziel ihrer völligen Eindeutschung  
pochte. (36) Doch die für den 1. Juli beabsich-  
tigte Bekanntmachung der Wehrpflicht für El-  
sässer und Lothringer mußte erneut verschoben  
werden. (37)

Am 22. Juli 1942 informierte der Reichsmini-  
ster und Chef der Reichskanzlei LAMMERS den  
CdZ SIMON und die andern interessierten Stel-  
len: «Der Führer wünscht die Frage einer etwai-  
gen Umsiedlung von . . . luxemburgischen Fa-  
milien . . . , sowie die Fragen, die mit der Ein-  
führung der allgemeinen Wehrpflicht und der  
Verleihung der Staatsangehörigkeit . . . in . . .  
Luxemburg in Zusammenhang stehen, in näch-  
ster Zeit in gemeinsamer Aussprache . . . zu

erörtern.» (38) Die entscheidende Besprechung  
fand am 09. August im Führerhauptquartier  
«Wehrwolf» in Winniza (Ukraine) statt. Teilneh-  
mer waren: SIMON, WAGNER, BÜRCKEL, LAM-  
MERS, RIBBENTROP, KEITEL, HIMMLER und  
STUCKART. (39) Ueber die Haltung SIMONS  
während der Sitzung waren leider keine Unter-  
lagen erhältlich. So müssen wir uns darauf be-  
schränken, auf seine Erklärungen vom 30. Au-  
gust 1942 zurückzugreifen, in denen er ausfüh-  
rte, daß er sich entschlossen habe, «dem Führer  
die Einführung des Reichsbürgerrechtes für Lu-  
xemburg vorzuschlagen.» (40) Daß die Haltung  
des CdZ eine große Rolle in dieser Frage spiel-  
te, beweist die Tatsache, daß der Reichskom-  
missar für die Ukraine, KOCH, sich sogar erfolg-  
reich der Einziehung von 1000 volksdeutschen  
Dolmetscherinnen widersetzte. (41)

JOAILLERIE - BIJOUTERIE - HORLOGERIE

LINK

Félix Hoffmann-Goedert

10, rue du Curé

LUXEMBOURG

125 No

BUREAU-CENTER

S. à r. l. S. GUTH & P. ZIMMER  
Luxembourg - 34, Av. de la Porte-Neuve - Tél. 2 86 32

exclusive office-machines and furniture  
machines et meubles de bureau exclusifs  
Büromaschinen sowie exklusives Büromöbel-  
programm

45

- (18) WEBER - S. 64  
(19) Georges-Gilbert NONNENMACHER: *La grande honte, Alsatia, Colmar 1965, S. 96*  
(20) LW - 14. 04. 1942  
(21) Reichsgesetzblatt, 1942, Teil I, S. 40  
(22) KETTENACKER - S. 234  
(23) KEITEL an WAGNER vom 02. 04. 1942, FUCHS - S. 311 und 312  
(24) WEBER - S. 92  
(25) KETTENACKER - S. 21  
(26) KETTENACKER - S. 250 und 252  
(27) BOSSELER und STEICHEN - S. 471476  
(28) KETTENACKER - S. 252  
(29) LW - 04. 05. 1942  
(30) WEBER - S. 40  
(31) Dr. Franz DELVAUX: *1940-1944 Luxemburg im Zweiten Weltkrieg. Ein Kriegstagebuch*, Verlag P. Worré-Mertens, Luxemburg 1946, S. 74-77  
(32) WEBER - S. 64  
(33) Vbl f. Lux., 1942, S. 232  
(34) VO - 31. 07 1942, Vbl f. Lux., 1942, S. 240  
(35) MUELLER-HILLENBRAND - S. 28 und 109  
(36) FUCHS - S. 322  
(37) KETTENACKER - S. 221  
(38) DOK. NG - 3022  
(39) KETTENACKER - S. 351 und 352  
(40) LW - 31. 08. 1942  
(41) Dok. IfZ: MA 304

POUR VOS VACANCES  
ET VOYAGES

## Autocars Emile FRISCH s.à.r.l.

LUXEMBOURG  
5, rue Jules Fischer

Téléphone: 48 26 10

No 515

## « Droguerie de la Cour »

## Photo-Hall BERTOEGNE

2, Grand-Rue  
LUXEMBOURG

Tél. : 2 42 04

PAR SYMPATHIE

CHANTIER DE DÉMOLITION

## PULTZ

Commerce de pièces usagées d'autos  
Voitures et Camions d'Occasion  
Commerce des métaux et ferraille en gros et détail

Luxembourg - Bonnevoie  
165, rue Pierre Krier — Tél.: 48 40 61 - 62  
Privé: 48 40 63

162

MENUISERIE - EBENISTERIE

## WITRY

OSWEILER — Tél. : 7 24 06

Installations de magasins

Meubles sur mesures

Intérieurs de tout genre.

895

— Die Einführung der Wehrpflicht: HITLER befahl endgültig die Einführung der Wehrpflicht in den Westgebieten und überließ alles weitere den CdZ und dem OKW. Da man von der Loyalität der neuen Rekruten nicht ganz überzeugt war, führte man als abschreckende Vergeltungsmaßnahme die Sippenhaft ein. Die Familienmitglieder der Deserteure waren ins Reich oder weiter nach Osten zu deportieren. (42) Jedoch erst am 14. Juli 1943 sollte diese Maßnahme in Luxemburg eine gesetzliche Basis erhalten und zwar rückwirkend auf den 30. 08. 1942, den Tag der Einführung der Wehrpflicht. (43)

— Die Staatsangehörigkeitsfrage: Hier ließ der Führer den Gauleitern freie Hand. (44) SIMON entschied sich für das Belohnungsprinzip. Die Reichsbürgerschaft wurde jedoch für sämtliche Angehörige der Wehrmacht eingeführt. (45) Trotzdem er noch am 30. Juni 1942 öffentlich erklärt hatte, die deutsche Staatsangehörigkeit «wird . . . niemandem aufgedrängt oder nachgeworfen». (46) Zwar begründete, juristisch gesehen, die Reichsbürgerschaft nach Einführung der Wehrpflicht den Dienst in der Wehrmacht. Praktisch aber war die Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage nur die Folge der Einführung und nicht die Ursache.

— Die Umsiedlungen: HITLER entschied, daß die nicht tragbaren Bevölkerungsbestandteile, die blutsmäßig zum deutschen Volke gehören, ins Reich umgesiedelt werden sollten. (47) Etwas später aber erfahren wir, daß für die Luxemburger der Distrikt Lublin vorgesehen war. (48)

Am 23. August erschien im Reichsgesetzblatt die Verordnung über die Staatsangehörigkeit im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg. (49) Die Veröffentlichung davon blieb in Luxemburg verboten; die deutschen Zeitungen an der Grenze beschlagnahmt. (50) Tags darauf wurde kurzfristig eine Großkundgebung für den 30. August in Luxemburg anberaumt. (51) Hier unterrichtete SIMON die Luxemburger von dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sofort betroffen wurden die Geburtsjahrgänge 1920 - 1924. (52) Daraufhin brachen in Luxemburg Streikunruhen aus. Der Besatzer antwortete mit Ausnahmezustand und Standgericht. (53)

Später rekrutierte er noch die Jahrgänge 1925 - 27 (54), zusammen also 8 Jahrgänge, im Gegensatz zu 20 im Elsaß und 14 in Lothringen. (55)

## CUIRS Jos. NEIERTZ

Peausseries - Caoutchouc  
Fournitures pour chaussures

LUXEMBOURG-GARE  
35, rue d'Anvers — Téléphone: 48 83 60

No 516

LE MEILLEUR SERVICE  
POUR TOUTES VOS ASSURANCES

LA FÉDÉRALE  
ZURICH

LE PATRIMOINE  
PARIS

LA VIE NOUVELLE  
PARIS

## KONZ & FILS

21, Boulevard F.-D. Roosevelt  
LUXEMBOURG  
Tél. : 46 88 21

565

### Bilanz

Unter die deutschen Maßnahmen fielen die Geburtsjahrgänge 1920 - 1927. Von den 15.409 betroffenen Jungen wurden 11.168 zwangsrekrutiert. Davon starben 2.752 und 96 werden noch vermißt. Weitere 3.510 wurden zu Refraktären oder Deserteuren.

Von den 13.373 betroffenen Mädchen dienten 3.614 im Arbeits- oder im Kriegshilfsdienst. Getötet wurden 56 während 2 noch als vermißt gelten. (56)

(42) KETTENACKER — S. 222

(43) *Livre d'Or des victimes luxembourgeoises de la guerre de 1940 à 1945, herausgegeben vom Ministère de l'Intérieur avec le concours des administrations communales, Imprimerie Coopérative Luxembourgeoise, Esch-sur-Alzette (Luxembourg) 1972, S. 563 und 564*

(44) KETTENACKER — S. 237

(45) VO — 30. 08. 1942, VBl f. Lux., 1942, S. 255

(46) LW — 30. 06. 1942

(47) KETTENACKER — S. 264

(48) Dok. IfZ: MA 304

(49) Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1942, Teil I, S. 533 und 534

(50) WEBER — S. 63

(51) LW — 24. 08. 1942

(52) LW — 31. 08. 1942 und VBl. f. Lux., 1942, S. 253-255

(53) *Die bisher detaillierteste Veröffentlichung über den Streik von 1942 bildet die Sondernummer des «Rappel» No 7/8, Juillet-Août 1972*

(54) VO — 25. 03. 1943, 08. 12. 1943, 14. 07. 1944 in *Livre d'Or des Victimes* S. 562 - 566

(55) Henry ALLAINMAT und Betty TRUCK: *La Nuit des Parias. La tragique histoire des 130.000 Français incorporés de force dans la Wehrmacht et la Waffen-SS, Presses de la Cité, Paris 1974, S. 76*

(56) *Diese Uebersicht beruht auf dem Livre d'Or des Victimes ergänzt durch die Angaben von BOSSELER und STEICHEN. Die erschöpfendste Studie über die luxemburgischen Verluste im 2. Weltkrieg veröffentlichte Georges ALS im Bulletin du Statec, Vol. XIX - No 9/1973, S. 295-301, Grand-Duché de Luxembourg, Ministère de l'Economie Nationale, unter dem Titel «La deuxième guerre mondiale et l'évolution de la population luxembourgeoise (1940 - 1973)».*

### JAEGER of LONDON

la qualité anglaise  
**LES TRICOTS ST. JOSEPH, FRANCE**  
l'élégance française  
deux grandes marques que vous trouverez en  
EXCLUSIVITE pour Luxembourg à la  
**BOUTIQUE DORCE** Tél.: 47 01 40  
COIN GRAND-RUE - Bd. ROYAL LUXEMBOURG

552

Voici

### DANY CLAIRE

Spécialiste de bébé de 1 à 10 ans

16, rue du Marché aux herbes —  
LUXEMBOURG — Tél. : 47 20 34

510

### LOU KASS - FELTEN — Arts-Onyx

Décor — Cadeaux en onyx et marbres  
Centre commercial «LES CAPUCINS»  
rue des Capucins — LUXEMBOURG — Tél. 2 38 62

578

### QUINCAILLERIE DE KAYL S. A.

12, Grand'rue — Tél. : 56 56 53 — KAYL  
Gérant: EUG. FRISCH

515

LUXEMBOURG-GARE  
LUXEMBOURG-VILLE  
ESCH-ALZETTE  
**monopol**  
SCHOLER

Auch führend in HERREN - MODE

525

Bei ären Akéf,

vergiësst

net déi Leit

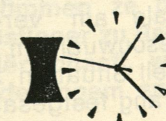
déi bei eis annoncieren

horlogerie

bijouterie

joaillerie

531



horlogerie nouvelle

luxembourg — 5, avenue de la porte-neuve

e. p. wagner  
téléphone 2 63 70

1975, No 3

**ELTERNRENTE**

Der Mindestlohn beträgt seit dem .....1. Januar 1975 bei Index 100 ..... 5.550 Fr.	
aktueller INDEX : 225,64 aktueller Mindestlohn : ..... 12.523 Fr.	
<b>ELTERNPAAR</b> Vater und Mutter leben noch. Haben Anrecht wenn Netto-Einkommen weniger beträgt als 18.785 Fr.	<b>ELTERNTEIL</b> Vater oder Mutter sind allein. Haben Anrecht wenn Netto-Einkommen weniger beträgt als 15.654 Fr.
Diese Rente darf in beiden Fällen folgenden Betrag nicht überschreiten : 4.508 Fr.   4.508 Fr.	
Das Netto-Einkommen und die Hinterbliebenen-Rente zusammengezählt dürfen nicht höher sein als : 18.785 Fr.   15.654 Fr.	
<b>Beispiel A :</b> Netto-Einkommen 16.200 Fr. Elternrente (18.785 — 16.200) = 2.585 Fr.	<b>Beispiel B :</b> Netto-Einkommen 11.200 Fr. Hinterbliebenen-Rente (15.654 — 11.200) = 4.454 Fr.



D'Amicale des Volontaires de Guerre Luxembourgeois en Grande-Bretagne haat den 8. Dezember 1974 am Walsheim, Letzeburg-Gare hir Generalversammlung. Aus dem Rapport vum President Henri Schmitz war ze enthuelen, daß d'Amicale am vergaangene Joër eng staark Représentations-Aktivitéit entwéckelt huët, an daat esouwuël um nationalen wéi internationalen Plang. Fir der Amicale hir wéineg roseg finanziell Situation ze verbesseren, gouv d'Joërscofisatioun fir dest Joër a bis op Weideres op 150 Frang festgesaat. No der Assemblée générale gouwen beim Appéritif an éier et op de Kascht gong, aal Erennerungen un England ausgetosch. De Comité vun der Amicale setzt sech zesummen aus: Schmitz Henri, President; Heinisch Jacques, Vize-President; Schmit Eugène, Caissier; an aus de Memberen : Frising Jos., Fusenig Marcel, Haas Jean, Reiland Roby an Wenzel Norbert.

— Eis Photo: E Bléck op de Comitédësch. —

**AMICALE DES ANCIENS DE TAMBOW**

**COMMUNIQUE**

Le 29 janvier 1975 une délégation du comité de l'Amicale des Anciens de Tambow a été reçue à l'Ambassade de l'U.R.S.S. au château de Beggen par Monsieur GAGANOW, 1er secrétaire.

Nos délégués ont informé Monsieur Gaganow au sujet des recherches dans les archives de l'U.R.S.S. concernant notre engagement volontaire dans les armées alliées et ont demandé l'appui de l'Ambassadeur dans cette affaire.

\* \*

**MATDELONG**

Op eist Schreiwes vum 17. Abrël 1973, daat mir allen Tambower zougeschéckt haaten, fir datt jidder Krichsgefaangenen säin Gesondhëtzoustand op d'Käschten vum Krichsschuëd dierft ennersiche loossen, waren 402 Ufroën bis den Dézember 1974 agelaaf. Bis dohin gouwen dann och 225 Komeroden vun verschidde- nen Dokter ennersicht.

Wiën vun elo un medezinesch ennersicht get, kritt gläich vum Dokter gesoot, ob e krank ass oder net. E get och gewuër, waatfir e Gesondhëtzschuëd en huët. Leider war daat bei all dénen, déi hei virdrun ennersicht gouwen, net de Fall.

Mir biëden all déi Komeroden, déi kén Resultat vun hirer Ennersichong gesoot kruten, sech bei engem Member vun eisem Comité oder direkt beim Krichsschuëd, C.M. Spoo-Strooss, zu Letzeburg ze mellen. Dorophin gin sie eventuell nach émol bei dén Dokter geruff, dén sie ennersicht huët, fir d'Resultat gewuër ze gin.

De Comité.

**O P R U F F**

un all déi zwangsrekrutéiert Komeroden, déi an der Zäit tëschen dem

15. Februar an dem 15. Mé 1943

zu Rehfeld an den Arbeitsdienst verschléft gi waren, sech bei hirem compagnon d'infortune dem

Robert MERGEN  
96, Rue des Prés — Lamadelaine

esou baal wéi méiglech ze mellen. Daat geschitt am bëschten, wann én eng Visitekaart un d'Adresse vum Robert Mergen schéckt. Et kann én sech awer och um Telefon umellen, an zwar um Nr. 50 81 95.

Desen Opruff huet zum Zweck, all déi Letzeburger nés émol zesummen ze brénge, déi démol am Arbeitsdienstlaager zu Rehfeld waren. Den Daag, Zäit an Uërtschaft, wou se sech treffe sollen, aet iiderengem spéider, mais mat zäiten matgedélt.

Komeroden, w. i. g., waart net ze laang, a mell iéich gläich!

**HESTIA**  
BOUTIQUE GRAND STANDING  
BOUTIQUE COUTURE  
BOUTIQUE GRANDES TAILLES  
BOUTIQUE 20 ANS  
RUE DU FOSSE - DU CURE, LUXEMBURG  
**HESTIAbis**

530

**Komerodinnen !  
Komeroden !**

Wësst dir gäre Beschéd iwer irgend eppes, waat iéich vu rechtswegen zoustéht,

braucht dir Renseignement iwert ént vun déne Gesetzer, vun dénen d'Enrôlés profitéiere kënnen,

git dir v'läicht nët éns mat de Schreiwereien,

hu dir Schwieregkëten, fir iéich bei irgendwellegen öffentlechen Instanzen durchzesetzen,

da git an d'Staadt op de Büro vum

**Sercive social aux Enrôlés de Force,**  
9, Rue du Fort Elisabeth,  
Luxembourg-Gare

Do ass e Komerod, dén iéich beréit an iéich hëlleft, a. z. all

**Donneschdeg Nomëtteg**  
teschend 14.30 an 18.30 Auer.

Telefon: 48 32 32

**Junglinster**

Den 22. Dézember 1974 huët d'Jonglënster Sektoun hir Generalversammlung am Sall Parmentier zu Jonglënster oofgehaalen. Nach sélen waren esou vill Komerodinnen a Komeroden dem Opruff vun dem Sektionscomité gefollegt. Wéi de President, J. Hames, d'Assemblée eröffnet huet, war de Sall opgestoppt voll.

No der Begréibungsusprooch huët de Sekretär, Josy Olinger, e laangen Aktivitéitsbericht viirgedroën. Am Joer 1974 ass d'Madame Anne Demoulling-Weyrich vun Roudemer gestuërwen, d'Mamm vun engem Komerod, dén net méi aus der Zwangsrekrutéierung hémkouv. An engem trageschen Autos-Accident kouv de Komerod Jempi Weicker mat senger Fra em d'Liéwen. Hinnen an all dénen anere Komeroden aus eise Reihen, déi schon laang doud sin, gouv an enger stëller Minut geduecht.

Net nëmmen eng Grimmel erstaunt war d'Assemblée, wéi de Sekretär hir matgedélt huët dat der Sektoun Jonglënster et Environs, wéi



schen géintiwer de Mond ze haalen hätten, huët joërlaang an de Géschter gespuckt. Waat enner dem Här Grégoire ugefaange gi war gouw no 1969, wéi den Här Gaston Thorn den neien Ausseminister war, virugefouert. Waat doraus gin ass, misst haut eigentlech jidderén wössen. Et ass nämlech guër näischt draus gin well et nun émol zevill eng toopech Affär war.

Et muss én sech trotzdem verwonneren wann et haut Leit get, déi steif a fest behaupten den Zentralcomité hätt eng konkret Proposition refusiert. An diesem Fall de Bau vun engem Spidol zu Letzeburg, e Bau, dén d'Preisen wölles gehaat hätten ze finanzieren. Daat ass alles em esou méi absurd, well 1. niemols esou eppes oder eppes ähnlech wiirklech viirgeschloë gin ass; 2. dem Zentralcomité säin Avis zu kenger Zäit gefrot gin ass; a konsequenterweis 3. en a kengem Ament sech fir oder géint eppes ze entschéden haat. Et kënnt én unhuëlen, daat wir ganz kloër.

Fir awer och dém Allerlëschten ganz kloër ze maachen, wéi daat démols war, reproduzieren mer hei hannendrun en Auszug aus dem Bulletin «Les Sacrifiés» Nr. 4/1969:

«Am 24.3. 1969 fuhr unser Außenminister Hr. Gaston Thorn nach Bonn, um sich dort mit seinem Berufskollegen, Herrn Willy Brandt zu treffen und — wie es in einer luxemburgischen Zeitungsmeldung hieß — um «das Problem der luxemburgischen Staatsangehörigen die im zweiten Weltkrieg zum Eintritt in die deutsche Armee gezwungen wurden und die eine Entschädigung verlangen, (zu) erörtern.» Was kam bei dieser «Erörterung» heraus?

Aus dem «Républ. Lorrain» vom 3. 4. 1969 erfahren wir:

«Wir glauben zu wissen, daß Hr. Willy Brandt . . . seine Absicht geäußert hat, etwas im Problem der «deutsch-luxemburgischen Versöhnung» zu unternehmen.»

Und dann regnet es Zahlen. 1 500 luxfr. (Index 100) für jeden zwangsverbrachten Monat. (Dies ist übrigens die Forderung, die unsere Föderation seit langem aufgestellt hat.) Es geht die Rede von 12 000 Zwangsrekrutierten, die im Durchschnitt 25 Monate einberufen waren. Der Betrag von 800 Millionen Franken schwirrt durch die Luft, auf den sich unsere Forderungen belaufen sollen. Andererseits werden die unterschiedlichsten Summen genannt, die Deutschland an uns zu zahlen bereit sein soll: 50, 80, 150, 200 Millionen (Bis zu 800 Millionen wäre es also noch weit!) Und dazu steht noch nicht einmal fest, ob diese Zahlungsbereitschaft bei den Deutschen wirklich existiert.

Neben diesem Zweifel aber gibt es noch ein zweites Moment, das uns Zwangsrekrutierte mißtrauisch machen muß. Die Deutschen wollen — so heißt es — nur zu einer «indirekten Hilfe» (Hilfe ist gut! die Red.) bereit sein, die nicht zu sehr nach Reparation aussehen soll

um keinen Präzedenzfall zu schaffen (!!!)

So geht denn die Rede von der deutschen Finanzierung eines eventuellen Brückenbaus, eines Ausbaus des Merterter Hafens, eines Straßenbaus zwischen Deutschland und Luxemburg; es heißt, die Deutschen wären «sogar» bereit, ein Spital für alte Leute, eine Schule oder sonst ein Institut zu finanzieren.

Eine solche Lösung — auch wenn ihr noch der dicke Stempel des «Vielleicht» aufgedrückt ist — mag diesem oder jenem als schön und gut und auch annehmbar erscheinen. Und gar mancher wird sie als einen Erfolg für Hrn. Ausseminister Thorn verbuchen.

Aber, bei allem Respekt vor der Meinung anderer, wir können uns dieser Ansicht in keiner Weise anschließen. Denn:

1. wäre eine solch «indirekte» Lösung nicht geeignet, uns Zwangsrekrutierten Genugtuung zu geben. Würde sie doch keinem von uns, den Geschädigten, eine Entschädigung bieten. Lediglich unser Staatsäckel würde Zuwachs erhalten. Und auch dies nur unter der Voraussetzung, daß es keine Wiederholung der im sog. Schandvertrag von Luxemburg akzeptierten Abmachung des Grenzbrückenbaus gäbe. Bekanntlich beglichen damals die Deutschen die Hälfte der Wiederaufbaukosten und wurden damit **auch zur Hälfte** Mieteigentümer, der von ihnen **ganz** zerstörten Brücken.
2. wäre damit immer nur eine Teilwiedergutmachung geleistet, wie dies ja auch bei der Schandvertrags-Abmachung der Kriegsrenten der Fall war. Auch damals basierte man nur auf der Lage von 1958 und zahlte nach deutschem Gesetz Renten, die — wie es im Kommentar hieß — in allen Fällen niedriger waren als jene, die unser Kriegsschädenamt bis dahin ausbezahlt hatte. Muß unser Staat sich heute erneut «großzügig» erweisen? Könnten die Deutschen dieses Mal ihre Schulden nicht voll bezahlen? Es wäre der «deutsch-luxemburgischen Versöhnung» ganz gewiß zuträglich.
3. würde dem Luxemburger Steuerzahler wieder eine Belastung auferlegt, die eigentlich dem Nachfolger Hitler-Deutschlands zukommt. Denn die Unterhaltungskosten einer deutschen Bauleistung (Brücke, Hafenausbau, Spital, usw.) wären den Luxemburgern aufgebürdet.
4. wäre die «indirekte Lösung» keineswegs ein Verdienst unseres jetzigen Außenministers. Denn sie wird schon in einem Brief erwähnt, der mit dem Datum vom 16. 7. 1968 an unsere Föderation geschrieben wurde. Damals knüpften die Deutschen eine Bedingung an ihre eventuelle Zahlungsbereitschaft:

«Cependant avant de faire des propositions à ce sujet, le Gouvernement de la République fédérale voudrait des assurances formelles qu'une solution «indirecte» serait de

nature à donner satisfaction aux enrôlés de force et mettrait fin à toutes les revendications individuelles de leur part.»

Dieser Brief war unterschrieben von einem Mann, der es wissen mußte: dem damaligen Außenminister P. Grégoire.

Damit dürfte bewiesen sein, daß die Deutschen jetzt die gleichen Versprechen machen und daß Herr Thorn keinen Millimeter weitergekommen ist als sein Vorgänger. Was natürlich keineswegs im Interesse der Zwangsrekrutierten und des ganzen luxemburgischen Volkes sein kann.

Wir möchten einen weiteren Satz aus dem eben zitierten Brief anführen:

«J'ai l'impression que le Gouvernement fédéral serait prêt à faire des sacrifices, mais qu'il est en même temps soucieux de voir cesser, une foi pour toutes, l'agitation contre l'Allemagne, qui, depuis des années, pèse sur les relations entre nos deux pays.»

Abgesehen von der Tatsache, daß es keineswegs als «Agitation» gelten kann, wenn man jemanden mit dem Namen «Schuldner» betitelt, der seine Schulden noch nicht bezahlt hat, müssen wir also Herrn Thorn die Frage stellen, ob er bei seinem Besuch in Bonn den gleichen Eindruck hatte.

Wie die Antwort aber auch lauten mag, eines möchten wir in aller Deutlichkeit sagen: Wir lassen uns den Mund nicht gerne verbieten wenn wir im Recht sind. Nicht einmal von Luxemburgern, geschweige denn von Ausländern. Und wir lassen uns unser Schweigen in einem solchen Fall auch nicht mit Millionen DM, die — was den einzelnen Zwangsrekrutierten betrifft — noch nicht einmal Geld darstellen, erkaufen.

Wir fordern eine gerechte Lösung. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger. «Wenn» und «aber» können und dürfen dabei keine Rolle spielen. Oder formulierte seinerzeit Gauleiter Simon unseligsten Andenkens etwa die Zwangseinberufung auch mit «wenn» und «aber»?

E pur Méint méi spéit, den 2. Juli 1969, gong dé folgende Bréif un den Här Ausseminister Gaston Thorn:

Monsieur le Ministre,

Notre Comité National a pris connaissance du rapport de nos délégués auxquels vous avez bien voulu accorder une audience le 24. 6. 69. Il regrette vivement que les échanges de vue entre Monsieur Willy Brandt, Ministre des Affaires Etrangères de la République Fédérale et notre Gouvernement, ainsi que les différentes propositions soumises par les représentants luxembourgeois en vue d'aboutir à une solution du problème épineux des enrôlés de force

luxembourgeois n'aient pas assuré une prise de position de la part du Gouvernement de la République Fédérale.

Sans vouloir mettre en doute les bonnes intentions des personnes en présence, notre Fédération estime opportun de formuler ses réserves les plus formelles et de souligner qu'elle ne peut en aucun cas accepter la situation actuelle. Quant aux effets qui ne manqueront pas d'en résulter elle décline toute responsabilité. Car le résultat risque d'être tout à fait contraire au but recherché, c'est-à-dire améliorer les relations entre nos deux pays.

Nos membres, victimes du Nazisme, ont prouvé par leur attitude des dernières années qu'ils sont prêts à oublier leurs blessures. Si cependant ils se sentent trahis dans leurs bonnes intentions, leur sentiment de déception et de frustration risque d'éclater avec véhémence. C'est pour cette raison que nous jugeons de notre devoir de conseiller à Monsieur le Ministre de l'Economie Nationale la plus grande circonspection dans ses efforts tendant à l'implantation d'industries allemandes dans notre pays.

Dans l'espoir que les différents points soumis dans la présente lettre trouvent l'attention qu'ils méritent, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de notre plus haute considération.

Pour le comité:

Secrétaire général  
Raymond Welter

Président National  
Jos. Weirich

Durno huët sech awer och glaat näischt méi an dèr Afär gedoen. A well näscht méi erfollegt ass, kouw déi grouss Protestmanifestatioun vum 23. Juni 1970 (National-Feierdaag). A bis zum bundesdäitschen Staatsbesuch zu Letzeburg war nach emmer keng Léisung vum Zwangsrekrutierteproblém fond gin. Durfir de Protest bei Gelégenhét vum Heinemann-Besuch.

Schlußendlech dirft och gewoßt sin, daß wann d'Preisen wölles gewiësch wären eiser Regierung eng Entschiedegung ze bezuëlen des lëscht ganz secher eng Zomm Geld geholl hätt, égal wéi héich oder wéi niddrech se gewiësch wir. A jidderén därf eis rouheg gléwen: Durfir wir den Zentralcomité vun den Enrôlés de force net gefroot gin.

Wiën also haut behaupt, den Zentralcomité wär Schold drun, dass ké Spidol op Letzeburg komm ass, (firwaat eigentlech graad e Spidol?) als indirekt Entschiedegung vun den Zwangsrekrutierten, dén ass e Ligener.

Nodém déi Eechternacher Komeroden am Sënn, wéi hei viirdrun opgeklärt gi waren, huët de President d'Versammlung opgehuëwen.

s. n.



# PROMENADE SURPRISE DES ENROLES DE FORCE 1975 zu Dideleng den 15. Juni

Ennert dem Patronage vun der Staat Dideleng an dem Syndicat d'Initiative.

Als Souvenir: eng gossen Taak fir all Participant.

Ze gewinnen sinn :

a) als E'repreisser

Coupe vun der Fédération des victimes du nazisme enrôlées de force

Coupe de la Ville de Dudelange

Médaille de RTL

Coupe du Syndicat d'Initiative

Coupe de l'Aluminium Weirich, Dudelange

b) als Gewönner :

Schén an interessant éischt Preisser

Vill Trouschtpreisser

Bei Umeldongen VIRUM 15. MAI, ass de Beitrag 100 frs.—, an all des Participanten kré'en garante'ert no der Promenade hir gossen Taak als Souvenir. No dessem Datum ass de Beitrag 120.— frs pro Persoun. Och all des Participanten kré'en als Souvenir eng Taak. Awer den 15. Juni nëmmen eso lang, wé Taaken virrätég sinn. Déi aner mussen spéider ofgeholl ginn.

DOFIR, AM INTERESSE VUN JIDDERENGEM, MELLT IECH ESUBAL WEI MEIGLECH,  
A VIRUM 15. MAI,

schrefflech bei onsem Caissier Jean FOX, 46, rue de la Paix, Dideleng oder telephonesch bei onsem Präsident Jos. WEIRICH Tél.: 51 17 17.

D'Iwerweisung vum Betrag op de Konto No 7003/6483 - 3 vum Jean FOX bei der Spuerkés zu Dideleng oder durch Postiwerweisung un de Caissier.

Jidderén ass invitéert un deser Promenade délzehuelen. Mir ginn gruppeweis vun wé'negstens 3 awer net méi wéi 8 Persounen.

Den Départ an d'Arrivée sinn beim Restaurant Parc Le'h zu Dideleng.

D'Zeit vum Départ kann all Grupp selwer festléen, mais si muss teschend halwer 2 an 3 Auer leien.

Fir déi, déi sech schon éischer afannen wöllen, oder sech no der Promenade stärken müssen, rekommandéiert sech den Restaurateur vum Parc Le'h matt

Assiette Maison	90.— frs
Tartine Jambon	90.— frs
Pâté Maison	70.— frs
Wirschtecher mat Gromperenzalot	60.— frs
Kachkéisseschmierem	40.— frs
a.s.w., a.s.w.	

Fir d'Mettechiessen sech wa méiglech, viraus per Telephon 51 16 90 umellen.

De Parcours ass ongeféier 10 km laang a féiert iwert eng vun dénen schéinsten an wéinegst bekannte Promenaden vun Dideleng.

Beim Départ a bei verschidden Kontrollen um Parcours kritt all Grupp e klenge Pensum mat Quizfroën ze erléegen. Fir all richtig beäntwert Froën gët et Ponkten. D'Zuël vun de Ponkten ergëtt d'Schlußklassement. Bei gläicher Ponktenzuël entschéd d'Zousatzfroo.

All Persoun, iwer 15 Joër, muss dé Bättrag vun 100, resp. 120 Frang bezuelt hun, fir kënnen matzemaachen.

No der Promenade ass et dann e gemittlechen Owend mat Danz a Musek.

UM RENDEZ-VOUS VUN DEN ENROLES DE FORCE 1975 ZU DIDELENG ASS JIDDEREN HERZLECHST WELLKOM, a mir erwaarden, dass all Sectioun wenigstens mat engem Grupp vertraueden ass.

Dieses neuerliche Abkommen wurde bereits am 5. Dezember 1973 im Bonner Auswärtigenamt unterzeichnet. Nach der Ratifizierung durch die beiden Staaten, trat es am 1. Oktober 1974 in Kraft.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß man unterscheidet zwischen diesem neuen Zusatzabkommen und dem Vertrag über die **Kriegsschäden**. Hier handelt es sich um zwei getrennte und unbedingt auseinander zu haltenden Dingen.

Und hier bekommen wir den Beweis frei Haus geliefert für unsere Behauptung von vor mehr als einem Dutzend Jahre. Damals sagten wir, die Belgier hätten raffinierter mit den Deutschen verhandelt als es unsere damaligen Politiker für Luxemburg taten. Es geht hier klar und deutlich hervor, weshalb die Bundesrepublik dem belgischen Staat nun nochmals 202 Millionen Franken bezahlt.

In den Jahren 1959, 1960 und 1961 hatte man versucht, u. z. mit allen Regeln der Ueberredungskunst, uns Zwangsrekrutierte und das ganze Land zu überzeugen, daß der deutsch-luxemburgische Staatsvertrag der beste, ja der genialste sei, der jemals zwischen zwei Staaten ausgehandelt worden sei. So drückt man halt den Bürger auf's Auge! Unsere Abgeordneten-kammer brüstete sich damals mit welchem Prunkstück sie das Land beehrt hätte. Wir hatten damals deutlich und jedem verständlich gesagt, daß unserem Land die Basis für weitere Verhandlungen mit der Ratifizierung dieses Vertrags entzogen würden. Aber niemand hörte auf uns. Die verantwortlichen Politiker setzten ihre magistralen Unterschriften unter einen Wisch, in dem es zum Schluß heißt, die darin

behandelten Punkten würden als endgültig geregelt gelten. Ja, trotz aller Gescheittheit reichte es doch bloß zum Aushandeln eines elendigen **Schandvertrags**. Die Belgier hingegen waren raffinierter vorgegangen. Sie hatten sich eine Hintertür offen gelassen.

Und die Beteuerung des damaligen Staatsministers Pierre Werner: «Wir können zu jeder Zeit zurück nach Bonn und eine angemessene Entschädigung für unsere Zwangsrekrutierte aushandeln», war nichts weiter als eine hochtrabende, aber nichts bedeutende Behauptung, die jeglicher Grundlage entbehrte. «Quetschen och!» — pflegen wir Luxemburger zu sagen. Es war nur Sand in die Augen der Leichtgläubigen.

Wir Luxemburger werden, abgesehen von einem mehr als hypothetischen Friedensvertrag oder etwa dem oft vorgeschobenen guten Willen und Wohlwollen der Deutschen (woran wir Zwangsrekrutierte aber auch gar nicht glauben!), niemals eine Entschädigung von den Deutschen erhalten. Luxemburgs Verantwortlichen haben alle Chancen vertan. Und sie tragen nicht einmal schwer unter der Last ihrer Schuld und ihrer Kreuze, zumal letztere nur «Große Bundesverdienstkreuze» sind, die sie meist still, im Verborgenen und von niemand beachtet in Empfang genommen haben.

Noch eines haben jene Herrschaften meisterhaft zu Wege gebracht, u. z. haben sie, und nur sie allein das Zwangsrekrutierte Problem auf rein luxemburgische Ebene verlagert und ein rein intern luxemburgisches Problem daraus gemacht. Sie sollen nun zusehen, daß es gelöst wird!

H. R.

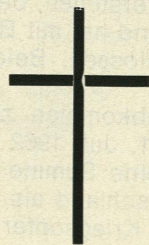
## Differdingen



Emile SCHUSTER  
18.5.1921 - 25.1.1975

En Denschdeg, den 28. Januar hun mir onse Frönd an Komerood Emile SCHUSTER op sengem leschte Wé beglét.

Nach nie wor ons Sektion bei enger Gelégenhét mat hire Memberen esou komplett vertrueden, wéi an desem Trauerzuch.



Mir Zwangsrekrutéiert, an och d'Elteren wössen waat mir all um Emile verluer hun.

Hien war ében emmer do, zu jidder Zeit, fir jidderén, fir alles. Daß den Emile ons esou stönterlech géing verlooosen, dorun haat kén gedücht. Mir konnten et net gléwen, an dach ass et wouër: den Emile ass net méi bei ons.

Emile,  
Du bass gestuerwen fir d'Hémécht, du bass am wouerste Sönn vum Wuert «victime du nazisme». D'Nazien ihun dech um Gewössen!

Trei em Trei a Léiwat em Léiwat, esou bleiw den Emile an den Hérzer vu sengen Komerooden, Frönn a Bekannten. Des Verbonnenhét iwert d'Graaw eraus, sol dem Emile senger Fra a sengem Jong en Trouscht an hirem déiwe Léd sin!

«Pour moi, la grandeur d'un pays ne se mesure pas à l'ampleur de son espace géographique, mais à la valeur et à la qualité des hommes qui y demeurent.» —

(Georges-Gilbert Nonnenmacher)

AMICALE  
des ENROLES de FORCE  
DIFFERDANGE

## Zwangsrekrutierung

### Wie es dazu kam.

Wie bereits im Bulletin «Les Sacrifiés» Nr. 9/1974 auf Seite 9 erwähnt, hat Herr André Hohengarten eine These ausgearbeitet für die akademische Sitzung gelegentlich der Einweihung des Museums in Slonsk am 28. September 1974, das die Polen als ehrwürdige Erinnerung an die von den Nazis gemordeten 819 Strafgefangenen aus 14 verschiedenen Nationen errichtet haben. Dieser Text wurde ins Polnische übersetzt und in besagtem Museum hinterlegt.

Die Gegenwart von luxemburgischen Staatsangehörigen in der deutschen Wehrmacht in der Zeit des letzten Weltkrieges gibt heute mehr denn je Anlaß zur Verwunderung. In Polen fragt man sich, wieso und warum dies möglich gewesen ist. Dreißig Jahre und mehr nach den schrecklichen Ereignissen sind diese ins Ver-

gessen geraten. Es ist demnach angezeigt überall dort, wo sich eine Möglichkeit bietet, die Umstände klar und deutlich herauszustellen, die zur illegalen Einführung der deutschen Wehrpflicht auf dem Gebiet des Großherzogtums Luxemburg führten.

Jedoch, — und wir möchten sagen: Leider! — ist der Versuch die wirklichen Zusammenhänge aufzuzeichnen, mit einer Reihe von Schwierigkeiten verbunden. Als großes Hindernis hierfür muß man die Tatsache hervorstreichen, daß die luxemburgischen Kriegsarchiven dem Nachforschenden, dem nach der Wahrheit Suchenden bis auf weiteres unzugänglich sind. Angesichts der so gegebenen Umstände ist die nachfolgende Zusammenstellung der damaligen Begebenheiten als eine umso bemerkenswertere Arbeit von Freund A. Hohengarten anzuerkennen. (Fortsetzung aus Nr. 2/1975)

### Wie kam es zur Zwangsrekrutierung der Luxemburger?

#### C. — Die Annexion der Menschen

##### I. Der Reichsarbeitsdienst (RAD)

Von der großen erzieherischen Funktion des Arbeitsdienstes überzeugt (1) kündigte SIMON in der Großkundgebung vom 09. 02. 1941 an, «daß hier nun die Vorbereitungen für die Einführung der **Arbeitsdienstpflicht** getroffen werden». Zur gleichen Zeit drückte er die Hoffnung aus, «daß diese jungen Männer schon nach wenigen Jahren gute Soldaten sein werden». (2) Vier Tage später erging ein Aufruf für die freiwillige Meldung zum Reichsarbeitsdienst. In der Bekanntmachung hieß es weiter: «Die jetzt freiwillig abgeleistete Dienstzeit wird bei der späteren Einführung der gesetzlichen Reichsarbeitsdienstpflicht für Luxemburg auf die Pflichtdienstzeit voll angerechnet.» (3) Der Eintritt in den RAD beruhte aber nicht immer auf Freiwilligkeit. So erklärte der Reichsminister RUST an die Adresse der luxemburgischen Studenten: «Nur wer sich in dieser einzigartigen Arbeitsschule bewährt, erhält im neuen Deutschland Aufgaben als Führer». (4) Trotz Drohungen waren die Ergebnisse recht mager. Zwar verkündete man am 30. Mai 1941, daß schon 1100 Luxemburger Jungen und 700 Mädels den Appel SIMONS befolgten. (5) Dies verhinderte aber keinesfalls, daß im selben Atemzug in verschleierte Form die Reichsarbeitsdienstpflicht eingeführt wurde. (6) Die Luxemburger Jugendlichen von 17-27 Jahre «können zur Dienstleistung im Reichsarbeitsdienst herangezogen werden.» (7) Weil man sich eben verschiedene außenpolitische Wege nicht verbauen wollte, wurde das Ganze als eine Verwaltungsmaßnahme dargestellt. Doch erst aus der Zeitung vom 10. Juli 1941 erfahren wir, daß der Geburtsjahrgang 1920 bereits zur Musterung angetreten ist. Eine entsprechende Verordnung wurde jedoch niemals veröffentlicht.

Die Musterungen waren öfters sehr bewegt. Nicht selten mußte die Polizei die Störrigen zu Hause abholen. (8) Anläßlich der Abfahrt des ersten Sammeltransporters Luxemburger Arbeitsdienstpflichtiger am 06. Oktober 1941 brachten anstatt der vorbereiteten Musikaufmärsche Polizeikordons die Arbeitsmänner zur Abfahrt ins Reich nach dem Bahnhof, wo zum ersten Mal seit der Besetzung die Melodie «Letzeburg de Letzeburger» (Luxemburg den Luxemburgern) von der Menge gesungen wurde. Wegen dieses Vergehens erhielten Théo FLAMMANG, Théo BLOCK und Marcel BUCHETTE aus Kopstal vom Sondergericht ein Jahr und drei Monate Zuchthaus. Dasselbe Gericht verurteilte Josef THEIN, der in Wasserbillig aus dem Zug geholt worden war, zu 10 Monaten Gefängnis. (9)

Am 14. Oktober wurde der Geburtsjahrgang 1921 durch eine besondere Verordnung zum RAD eingezogen. (10) Zugleich unternahm es der CdZ die langsam einsetzende Flucht der Arbeitsdienstpflichtigen, den «Hasenfüßen» wie er meinte, (11) einzudämmen. Die Verordnung vom 14. 10. 1941 zum Schutz Deutschen Volkstums gegen unbefugte Abwanderung sah für diese Fälle Zuchthaus und sogar Todesstrafe vor. (12) Derselben Strafe unterlag der Eintritt in eine «feindliche Wehrmacht». (13) Jedoch bereits vorher waren Nikolaus PFEIFFER und Nikolaus JAMINET, beide aus Esch/Alzette, vom Sondergericht wegen Arbeitsdienstpflicht-Entziehung zu 2 Jahren resp. 1 Jahr und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. (14)

Die Einberufung des Geburtsjahrganges 1922 erfolgte im Dezember 1941. (15) Am 05. März 1942 war die Reihe an den Geburtsjahrgängen 1923 und 1924. (16)

In den Lagern verweigerten einzelne, andere